

Kirchenasyl in den USA : Bericht vom ersten nationalen Treffen der amerikanischen Sanctuary-Bewegung

Autor(en): **Busch, Nicolas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **81 (1987)**

Heft 2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kirchenasyl in den USA

Bericht vom ersten nationalen Treffen der amerikanischen Sanctuary-Bewegung

Der Schritt in den offenen Widerstand

Aus sämtlichen Bundesstaaten der USA kamen sie nach Washington: Liberale aus New York und Vermont neben traditionalistischen Kirchgängern aus dem hintersten Oklahoma und Bauern aus Missouri oder Illinois, die «amerikanische» weisse Middle Class im friedlichen Verein mit dem «neuen» Amerika der lateinamerikanischen Einwanderer, die immer mehr das Strassenbild von Städten wie Los Angeles, Houston, Chicago oder Washington prägen.

Sie kamen zum ersten nationalen Treffen der jungen Sanctuary-Bewegung in die Bundeshauptstadt der USA vom 26. bis 28. September: Ein eindrücklicher Beweis für die wachsende Opposition unterschiedlichster Schichten der US-Bevölkerung gegen die Reagan-Administration. Eine Demonstration für die Bewahrung des Rechts auf Asyl in einem offenen Amerika und für den Frieden in Zentralamerika. Ein Versuch, in zwei Tagen die Grundlagen für ein besseres Zusammenspiel teilweise sehr heterogener Gruppen zu erarbeiten, Ansätze zu einer landesweiten Koordination und Organisation zu entwickeln, ohne den spontanen und lokal verwurzelten Charakter einer typischen «Grassroot»-Bürgerbewegung zu zerstören. Dafür arbeiteten über tausend Sanctuary-Delegierte in Plenarversammlungen und über 40 Arbeitsgruppen, abwechselungsweise in einer unitarischen, einer presbyterianischen und einer katholischen Kirche.

Den Abschluss des Treffens bildete ein Marsch von siebentausend Menschen

durch Washington, vorbei am Weissen Haus zum symbolträchtigen Lincoln Memorial. An der Spitze des Zuges marschierten ein schwarzer Bürgermeister neben einem lutheranischen Bischof und ein jüdischer Rabbiner neben einem Flüchtling aus El Salvador. Hunderte von Demonstranten trugen weisse Kreuze, oft mit Namen, Alter und Todesdaten von Männern, Frauen und Kindern, die von der Contra in Nicaragua oder den Todesschwadronen und Militärs in Guatemala und El Salvador ermordet wurden. Zwei Dutzend schwarze Kreuze und ein grosses Bild von Erzbischof Oscar Romero erinnerten an die in El Salvador ermordeten Geistlichen. Und als der Zug am Weissen Haus vorbeimarschierte, skandierten Hunderte: «Boycott South Africa, not Nicaragua».

Ich fragte einen Passanten, ob dies für Washington eine grosse Demonstration sei. «Nicht sehr gross, aber bedeutungsvoll», meinte er. «Schauen Sie die Sorte von Leuten an, die hier marschieren. Sie kommen von überall. Heute sind sie 7000. Wenn die Regierung sie heute nicht zur Kenntnis nehmen will, werden sie das nächste Mal 700'000 sein. So ist das mit unserem Volk. Erinnern Sie sich an Vietnam!»

Der Mann könnte recht bekommen, denn die Sanctuary-Bewegung ist erst im Entstehen begriffen. Begonnen hatte alles ganz klein, als im März 1982 eine presbyterianische Kirchengemeinde in Tucson/Arizona und mehrere Gemeinden in der East Bay of California zum zivilen Ungehorsam gegenüber der US-Einwanderungsbehörde «Immigration

and Naturalization Service» (INS) aufriefen und ihre Kirchen Flüchtlingen aus Zentralamerika öffneten, die von Haft und Rückschiebung in ihre Herkunftsländer bedroht waren. «Dies ist heiliger Boden – kein Zutritt für den INS!» verkündete eine Tafel am Eingang der ersten Sanctuary-Kirche in Tucson. Der Schritt der oft eher konservativen Gemeindemitglieder in den offenen Widerstand erfolgte nach reiflicher Überlegung und erst, als sie keinen anderen Weg mehr sahen, um die Flüchtlinge vor der Abschiebung in Elend, Folter und Tod zu bewahren.

Die Reagan-Administration will den Schrei der Armen ersticken

Seit 1980 hatte die Zahl der Flüchtlinge aus El Salvador und Guatemala, die in die USA zu gelangen suchten, massiv zugenommen – direkte Folge der vom Pentagon zynisch und verharmlosend zur «low-intensity-warfare» (Kriegführung geringer Intensität) deklarierten Bombardierung und der Massenvertreibung der ländlichen Bevölkerung aus «guerillaverdächtigen» Gebieten sowie der erhöhten Aktivität der Todesschwadronen gegen echte und vermeintliche Oppositionelle.

In El Salvador hat der Krieg in den vergangenen sechs Jahren weit über 50'000 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert. Ein Viertel der Bevölkerung wurde aus ihren angestammten Dörfern vertrieben. In Guatemala zerstörte das Militär in den letzten Jahren 440 indianische Dörfer.

Heute leben allein in der Agglomeration von Bay-Area/San Francisco mehr als 60'000 Salvadorianer, in Houston (Texas) sind es über 100'000. Im Gesamtgebiet der USA dürfte ihre Zahl mindestens 500'000 erreichen, diejenige der Guatemalteken über 200'000. Genaue Statistiken gibt es allerdings nicht, denn die allermeisten Zentralamerikaner sind «illegal aliens» (illegale Fremde) ohne Aufenthaltspapiere, die offiziell

erst dann zu existieren beginnen, wenn sie von INS-Beamten verhaftet werden (1985: 1,2 Millionen Verhaftungen). Wie hoch die Zahl der illegalen Einwanderer in den USA tatsächlich ist, lässt etwa eine Nachricht aus Los Angeles erahnen, wonach bis zu 70 Prozent der in den städtischen Spitälern gebärenden Mütter «underdocumented» (ohne Ausweispapiere) sind.

Als erste wurden die Bundesstaaten an der mexikanischen Grenze, Texas, California, New Mexico und Arizona, mit dem Flüchtlingsstrom aus El Salvador und Guatemala konfrontiert. In diesen Staaten begann auch die Sanctuary-Bewegung. Pfarrer Michael Mc Conell von der «Chicago Religious Task Force in Central America», einer interkonfessionellen Gruppe, die sich um eine nationale Koordination der Sanctuary-Gemeinden bemüht, erinnert sich: «Die Bewegung begann, als Bürger aus ökumenischen Kreisen im Staate Arizona merkten, dass immer mehr Flüchtlinge aus El Salvador und Guatemala vom INS verhaftet wurden. Der INS brachte sie in von Stacheldrahtzäunen umgebene Internierungslager, und in den allermeisten Fällen wurden die Flüchtlinge über kurz oder lang nach El Salvador oder Guatemala zurückgeschickt, wo der Tod sie erwartete. Da begannen die Leute in Arizona Kautionen von bis zu 5000 Dollar pro Person zu bezahlen, um die Haftentlassung der Flüchtlinge zu erreichen. Viele Bürger nahmen Hypotheken auf ihr Haus auf oder verpfändeten ihre Autos. So sammelten sie Hunderttausende von Dollars, um Flüchtlinge freizukaufen und ihnen den Zugang zu einem Asylverfahren zu ermöglichen. Doch von 400 Flüchtlingen, die so unterstützt wurden, erhielt schliesslich so gut wie keiner Asyl. Erst aufgrund dieser Erfahrung beschlossen die Leute, nicht mehr mit den Behörden zusammenzuarbeiten, weil diese ungerecht handelten.»

In der Tat lehnt der INS 97 Prozent der Asylgesuche von Salvadorianern und 99

Prozent der Gesuche von Guatemalteken ab, während 70 Prozent der Flüchtlinge aus als «kommunistisch» eingestuft Ländern anerkannt werden. Pro Monat werden tausend Salvadorianer ausgeschafft.

Schwester Darleen Nicgorski, eine Nonne aus Wisconsin, die nach einem Aufenthalt in Guatemala die Sanctuary-Bewegung mitbegründete, deutet dies so: «Die politische Zielsetzung der (Reagan-)Administration ist es, den Schrei der Armen zu ersticken.» Und Michael Mc Conell meint: «Diese Regierung wird nie zugeben, dass es sich um echte Flüchtlinge handelt, denn sie unterstützt ja ihre Mörder.»

Die Erklärung ist einleuchtend. Die Präsenz zahlreicher zentralamerikanischer Flüchtlinge, die über die Sanctuary-Bewegung ein Sprachrohr gefunden haben, über welches die amerikanische Öffentlichkeit immer mehr über die grauenvolle Realität des Krieges in El Salvador, Guatemala und Nicaragua erfährt, ist der Administration ein Dorn im Auge.

Das von den Medienspezialisten des Pentagon täglich propagierte Zerrbild der «Faraway-wars» (Weit-weg-Kriege) oder «clean-wars» (saubere Kriege, bei denen die Zivilbevölkerung angeblich nicht getroffen wird) verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit.

Berufung auf «geheiligte» Traditionen der USA

Inzwischen gibt es 335 Sanctuary-Kirchgemeinden und Synagogen in fast allen Bundesstaaten der USA, sowie zahlreiche weitere Gemeinden, die vor einem öffentlichen Akt zivilen Ungehorsams durch die Aufnahme oder das Verbergen von Flüchtlingen zurückschrecken, aber ihre Sympathie und Solidarität mit den echten Sanctuary-Gemeinden erklärt und durch alle möglichen Formen «legaler» Hilfe bewiesen haben.

Zu den wichtigsten Leistungen der Sanctuary-Bewegung, die laut Angaben

der «Chicago Religious Task Force» auf 100'000 Helfer und Sympathisanten zählen kann, gehört der Aufbau der sogenannten «Underground-Railroad» (Untergrund-Eisenbahn), ein Netzwerk von Kirchen, privaten Anlaufstellen und Begleitern, deren Aufgabe darin besteht, die diesseits und jenseits der mexikanischen Grenze eintreffenden Flüchtlinge vor polizeilicher Verfolgung so gut wie möglich gesichert in eine Sanctuary-Gemeinde zu bringen, die manchmal Tausende von Kilometern vom Grenzgebiet entfernt im Osten oder Norden des Landes liegt. Hunderte von Flüchtlingen wurden auf diese Weise bereits zu ihrer Bestimmungsgemeinde gebracht.

Mit der Schaffung der «Underground-Railroad» hat die Sanctuary-Bewegung ihre starke Verwurzelung in der besten freiheitlichen Tradition der Vereinigten Staaten unterstrichen: In den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts gab es nämlich schon einmal eine «Underground-Railroad». Damals versteckten weisse Amerikaner der Sklaverei entflohenen Schwarze aus den Südstaaten und halfen ihnen, nach Kanada zu gelangen. Dazu Michael Mc Conell: «1850 gab es ein Gesetz, wonach solche Fluchthilfe illegal sei, aber die Leute haben es trotzdem getan, und heute werden sie als Helden gefeiert. Einmal habe ich eine Kirche besucht, in deren Keller der Ausgang eines Tunnels zu sehen war, der zum Ufer des Mississippi führte. Von dort kamen und dorthin gingen die Sklaven auf ihrer Flucht nach Kanada».

Die Berufung auf «geheiligte» Traditionen der USA ist ein Grund dafür, warum die Sanctuary-Bewegung in breiten Schichten einer tief religiösen, sonst unpolitischen und eher konservativen Bevölkerung auf Sympathie stößt. Wie anders wäre die Tatsache zu erklären, dass über zwanzig Städte, darunter so bedeutende wie Seattle, San Francisco, Berkeley und Santa Fe, sich offiziell zu «Städten der Zuflucht» erklärt haben, was unter anderem bedeutet, dass Stadtpolizei

und Stadtverwaltung die Zusammenarbeit mit dem INS bei der Aufspürung «illegaler Flüchtlinge» verweigern und diesen Zugang zu allen städtischen Sozialdiensten ohne Meldung an den INS gewähren? Inzwischen haben sich gar zwei Bundesstaaten, New Mexico und Wisconsin, zu Sanctuary-Staaten erklärt und mit diesem weitgehend symbolischen Akt die Reagan-Administration in Rage versetzt. Tatsächlich kommt der feierliche, vom Gouverneur unterzeichnete und mit dem Staatssiegel versehene Beschluss von Wisconsin einer schallenden moralischen Ohrfeige an die Adresse der Bundesregierung in Washington gleich.

Darin heisst es unter anderem:

– «In Anbetracht der Tatsache, dass der Hochkommissar für Flüchtlinge Personen, die aus Zentralamerika und insbesondere aus El Salvador und Guatemala fliehen, als ‚bona fide‘-Flüchtlinge anerkennt,

– in Anbetracht der Tatsache, dass Jahre des Bürgerkriegs und der Zerrüttung in diesen Ländern zu Tausenden von Toten und Hunderttausenden von Flüchtlingen geführt haben, die Verfolgung, Folter, Mord und Wirren zu entkommen suchen,

– und in Anbetracht der Tatsache, dass trotz dieser Sachlage die US-Einwanderungsbehörde (INS) auf Drängen des State-Departements (Aussenministerium) und in eindeutiger Verletzung einer UNO-Konvention, der Genfer Konvention, einer Resolution des Kongresses sowie der moralischen Tradition des Volkes dieser Nation weniger als drei Prozent aller asylsuchenden Guatemalten und Salvadorianer den Flüchtlingsstatus gewährt und die 97 Prozent nicht anerkannten Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückschafft, (. . .) rufe ich, Anthony S. Earl, Gouverneur des Staates Wisconsin, hiermit die US-Einwanderungsbehörde (INS) auf, in einer Art und Weise zu handeln, die den Traditionen von Gerechtigkeit, Freiheit und Vernunft, die unsere grosse Nation bis-

her hochgehalten hat, würdig ist, – und wird des weiteren beschlossen, dass ich hiermit Wisconsin zum Sanctuary-Staat für salvadorianische und guatemaltekeische Flüchtlinge erkläre und all den zahlreichen bürgerlichen und religiösen Organisationen und hingebungsvollen Freiwilligen, die sich dafür einsetzen, den Bedürftigen Sanctuary zu gewähren, meine Unterstützung ausspreche.»

Auch für diesen Akt des Ungehorsams von zwei Bundesstaaten gibt es eine historische Parallele: Mit der Verabschiedung eines «personal liberty law» (Gesetz über die persönliche Freiheit) verboten 1850 zehn Staaten jegliche Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden, wenn es um die Verhaftung entlaufener Sklaven ging.

Nicht minder deutlich drückte sich der katholische Erzbischof von Milwaukee, Rembert Weakland, aus, als er sich der Sanctuary-Bewegung anschloss: «Wir glauben zutiefst an die Unverletzlichkeit und Heiligkeit allen menschlichen Lebens. Ich musste diesen Akt zivilen Ungehorsams abwägen gegen die überaus reelle Bedrohung für das Leben dieser Flüchtlinge bei einer Rückkehr in ihre Heimat.»

Neben Erzbischof Weakland haben sich so gut wie möglich alle grösseren reformierten Glaubensgemeinschaften sowie mehrere katholische Bischöfe und jüdische Gemeinden mit der Sanctuary-Bewegung solidarisiert. Damit haben sie der Graswurzel-Bewegung eine politische Respektabilität gerade auch in jener weissen Mittelklassebevölkerung verschafft, die von Ronald Reagan und den zahlreichen ultra-konservativen Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl bisher als sicherstes Wählerpotential angesehen wurde.

Ein Kampf um die Herzen der Menschen

Dazu kommt die typisch amerikanische, praktische Effizienz der Sanctuary-Leute. So betreiben zum Beispiel die zwei

Dutzend Kirchenasylgemeinden der East-Bay-Region folgende Arbeitsgruppen:

- Unterkunft, Wohnungssuche
- Verpflegung, Kleidung, Arbeitssuche, Ausbildung
- Gesundheitsfürsorge, ärztliche Betreuung
- Briefkampagnen an Medien, Parlamentsabgeordnete usw., Besuche bei Kongressmitgliedern, öffentliche Kundgebungen
- Information über die Auswirkungen der US-Außenpolitik in Zentralamerika, Schaffung einer öffentlichen Plattform für Zentralamerikaner in den USA
- Büros zur Vermittlung von Rednern, Videofilmen, Diaschauen usw. an Gemeinden, die den Beitritt zur Sanctuary-Bewegung erwägen.

Die Schwerpunkte der Arbeitsgruppen zeigen, wieviel Bedeutung die Sanctuary-Leute der Öffentlichkeitsarbeit beimessen. Vor allem versuchen sie, die durch die Regierung und die Medien systematisch in der Bevölkerung geschürten Vorurteile gegen die zentralamerikanischen Flüchtlinge abzubauen und über die verheerenden Auswirkungen der US-Außenpolitik zu informieren. «Es ist ein Kampf um die Seelen und Herzen der Menschen in diesem Lande», sagt Pfarrer Mc Conell.

Wie sich dieser Kampf täglich abspielt, schildert uns Janis Heine vom «American Friends Service Committee» (AFSC, Quaker). Janis arbeitet in Austin (Texas) als Koordinatorin der Sanctuary-Bewegung für Arkansas, Oklahoma und Texas. «Der furchtbare Informationsmangel der Öffentlichkeit macht uns viel zu schaffen. Die Regionalpresse beschränkt sich aus Bequemlichkeit oft darauf, auch die eklatantesten Lügen des State-Departements abzudrucken.» Dass dennoch über 60 Prozent der Bevölkerung Reagans Interventionspolitik gegen Nicaragua ablehnen, sei ein Grund zu hoffen, meint Janis, aber «für die meisten Leute ist Zentralamerika kein Thema

von Bedeutung. Ihre Hauptsorge ist, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen, und die Suche nach einer gesicherten Arbeit. Im südlichen Grenzgebiet von Texas beträgt die Arbeitslosigkeit ungefähr 25 Prozent! Viele Leute fürchten, dass ihnen die Flüchtlinge die Arbeitsplätze wegnehmen.»

Tatsächlich herrschen im Süden von Texas Zustände der Ausbeutung, polizeilicher Einschüchterung und Brutalität, die nach Auffassung eines salvadorianischen Flüchtlings, der als Sozialhelfer in einem Heim für obdachlose Einwanderer an der texanisch-mexikanischen Grenze arbeitet, nicht mehr weit von jenen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge entfernt sind: «Das Grenzgebiet ist militarisiert. Flüchtlinge werden von Beamten aufs schwerste misshandelt. Der Süden von Texas ist zur Dritten Welt in den USA geworden. Die Leute leben oft nur noch von der Sozialhilfe und von Essensmarken, und das Rio-Grande-Tal gleicht mit seinen Internierungslagern und den allgegenwärtigen INS-Kontrollen einem riesigen Konzentrationslager.»

Wegen der hohen Zahl von rechtlosen und unorganisierten Schwarzarbeitern liegen die Mindestlöhne bei einem Viertel von jenen im Norden der USA. Dies hat mehrere Unternehmer dazu bewogen, Betriebe nach Texas zu verlagern.

Den behördlichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen sucht die Sanctuary-Bewegung mit der Entsendung von Beobachtergruppen ins Grenzgebiet zu begegnen. Janis Heine vom AFSC spricht für solche Einsätze mit Vorliebe konservativere Kirchgemeinden an, die den Schritt in den «zivilen Ungehorsam» noch scheuen. Die Entsendung dieser «Border Witnesses» (Augenzeugen an der Grenze) erfüllt einen doppelten Zweck: Mit ihrer Anwesenheit im Grenzgebiet können die oft sehr honorigen Zeugen ab und zu behördlichen Übereifer verhindern, und sie selbst werden durch den Kontakt mit

dem Flüchtlingselend motiviert, was wiederum dem «Kampf um die Herzen und Seelen» dient, den Leute wie Janis Heine in die hinterste Kleinstadt von Oklahoma zu tragen suchen.

Rüde Einschüchterungsmethoden

Auf diese rege Aktivität reagieren die Behörden mit immer rüderer Einschüchterungsmethoden, nicht nur gegen die Flüchtlinge, sondern auch gegen ihre Helfer. Dies bekamen die Sanctuary-Leute in Austin/Texas zu spüren, als sie mit einer aufwendigen Kampagne den Stadtrat dazu bringen wollten, Austin zur Asyl-Stadt zu erklären. Nachdem es ihnen mit Unterstützung von 95 Pfarrern gelungen war, den Bürgermeister und die Mehrheit der Stadträte für eine entsprechende Resolution zu gewinnen, drohte der Distriktchef des INS, Richard Casilla, gegenüber der Presse, er werde «eine Ladung (von Zentralamerikanern) bringen und sie vor der Tür des Stadtrates auskippen. Dann werden wir sehen, wie gross das Herz der Stadt wirklich ist.» Die Sanctuary-Leute bezeichnete er als «Kriminelle, die es einzufangen und gerichtlich zu verfolgen gilt. Das sind Verbrecher, die auf den Strassen herumspazieren.» Ein anderer INS-Beamter fragte die Stadträte schriftlich an, ob er die «Tausenden von illegalen Fremden aus Guatemala und El Salvador, die unsere Behörde im ganzen Land verhaftet», im Falle einer Annahme der Resolution zum Rathaus von Austin schicken solle, «damit sie die von den Steuerzahlern berappten Vergünstigungen holen können, die Sie Ihnen so grosszügig angeboten haben.»

Die demagogischen Drohungen des INS wurden sofort von fremdenfeindlichen und rassistischen Gruppierungen aufgegriffen, die eine Telefonkampagne «besorgter Bürger» starteten, mit dem Ziel, den Stadtrat umzustimmen. Sie hatten schliesslich Erfolg. Sichtlich zermürbt verzichtete Bürgermeister Cooksey, der bis zuletzt die Sanctuary-Resolu-

tion verteidigt hatte, darüber abstimmen zu lassen, da eine solche Entscheidung zu einer Spaltung der Bürger der Stadt und zu rassistischen Ausbrüchen zu führen drohe.

Das Beispiel von Austin zeigt, welche Rolle in den USA das Lobbying, die «Bearbeitung» von Politikern, spielt. Leider beschränkt sich die Einflussnahme nicht auf Argumente. Gerade in letzter Zeit ist es immer wieder vorgekommen, dass demokratischen Kongressabgeordneten, die gegen die Contra-Hilfe stimmen wollten, von ihren «Contributors», den privaten Geldgebern, ohne die eine Wahlkampagne undenkbar ist, mit Finanzentzug gedroht wurde.

Das bekannteste Beispiel für den wachsenden Druck der Reagan-Administration bildet sicher der Prozess gegen elf führende Sanctuary-Mitglieder, denen «conspiracy», gemeinsam verabredete Straftaten, vorgeworfen wurden, weil sie illegale Flüchtlinge eingeschleust oder beherbergt hätten. Acht von den Angeklagten, darunter Schwester Darleen Nicgorski und Pastor John Fife aus Tucson sowie der mexikanische Priester Quinones wurden für schuldig befunden. Der Richter verzichtete auf eine Strafzuweisung und verhängte statt dessen eine drei- bis fünfjährige Bewährungsfrist mit monatlicher Meldepflicht. Nach diesem System droht den acht Sanctuary-Mitgliedern bei «Rückfälligkeit» die jeweilige Höchststrafe. Bei Schwester Darleen sind dies 35 Jahre Gefängnis.

Im Prozess hatte der Richter den Angeklagten jede Erwähnung ihrer religiösen, moralischen und politischen Motive, ja selbst die rechtliche Berufung auf die internationalen Flüchtlingskonventionen und -abkommen sowie auf das US-Asylgesetz verboten. Das Wort «Flüchtling» durften sie nicht verwenden. Der Schauprozess, der potentielle Sanctuary-Helfer einschüchtern und der Bewegung den Todesstoss versetzen sollte, verfehlte sein Ziel aus zwei Gründen: Erstens waren die Anklagen aufgrund von De-

nunziationen infiltrierter Geheimagenten erfolgt, und zweitens entsprach keiner der Angeklagten dem Bild, das sich der Durchschnittsamerikaner von Schwerverbrechern macht. Don Mc Clane, ehemaliger Wirtschaftsanwalt und Sanctuary-Mitglied, sagte dazu: «Das amerikanische Volk schätzt es nicht, wenn Agenten der Regierung an Gottesdiensten und Bibelkreisen teilnehmen und dergleichen tun, Gläubige zu sein, während sie in Wahrheit laufende Tonbandgeräte auf sich tragen. Als dies herauskam, haben viele, oft sehr konservative Leute ihre Meinung zugunsten der Sanctuary-Bewegung geändert und gesagt: Moment mal, irgend etwas läuft nicht rund in unserem Land, wenn eben jene bürgerlichen Freiheiten, von denen wir behaupten, sie würden anderswo, z.B. in Russland verletzt, plötzlich bei uns mit Füßen getreten werden.»

Doch der «Kampf um die Herzen und Seelen» der Amerikaner ist noch längst nicht entschieden. Besonders deutlich machte dies der lutheranische Bischof von Berkeley, Gustav Shultz, in einer Rede am letzten Tag des Sanctuary-Treffens vor über tausend Menschen in der katholischen St. Aloysius Church: «Eine der Aktivitäten, mit denen versucht wird, zu bekämpfen, was wir tun, geschieht hier, in dieser Stadt: Man nennt es ‚perception management‘ (Wahrnehmungslenkung). Sie verwenden wirklich diese Bezeichnung. Es ist der Versuch, die Art, wie die Leute in diesem Land die Sanctuary-Bewegung wahrnehmen, zu lenken. Wir haben solche Operationen des ‚perception management‘ aus anderen Anlässen und zu anderen Zeiten schon erlebt. ‚Perception management‘ war am Werk, als man das Volk dazu bringen wollte, todbringende Raketen als ‚Friedenswahrer‘ zu betrachten. ‚Perception management‘ war am Werk als wir erlebten, wie Mörder und Drogenhändler als ‚Freiheitskämpfer‘ bezeichnet wurden, und jetzt erleben wir ‚perception management‘, wenn von anderen versucht

wird, zu definieren, was ‚Sanctuary‘ ist, und da stehen wir mitten in einem Kampf. Anfang 1985 machte Ronald Reagan die Bemerkung, es dürfe ‚kein Sanctuary für Terrorismus‘ geben. Und als Präsident Ronald Reagan über die Contra-Hilfe sprach – er stand da, drei Rebellenführer zu seiner Seite –, da sagte er, dass eine Niederlage der Contra ein bevorzugtes ‚Sanctuary‘ für Terroristen schaffen werde. Er sprach nur zwei Tage Autofahrt von Harlingen/Texas entfernt. Eine der ersten Verhaftungen von Sanctuary-Mitarbeitern erfolgte in Harlingen/Texas.»

Der Zorn und die Besorgnis des Bischofs angesichts solcher gezielter Begriffsvermischungen ist keineswegs unbegründet. Aus einem soeben erschienenen Buch über den Terrorismus zitierte der Bischof folgende Passage: «Die Sanctuary-Bewegung infiltriert illegale Ausländer in die Vereinigten Staaten und trägt zu Problemen für die innere Sicherheit bei. Ähnliche Einwanderungsstellen in Europa haben terroristische und extremistische Bewegungen gefördert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Sanctuary sich in eine Unterstützungsbewegung für zentralamerikanische Terroristen, die versuchen, innerhalb der USA zu operieren, verwandelt oder spaltet, oder gar selbst zu einer gewalttätigen Bewegung wird.»

Der vom Bischof zitierte Bericht entstammt der Küche eines der zahlreichen neo-rechten «Think tanks» im näheren und weiteren Umfeld der Reagan-Administration. Der Hinweis auf eine mögliche Spaltung der Sanctuary-Bewegung geschieht nicht ohne Absicht. In letzter Zeit haben sich Versuche gehäuft, einen «unpolitischen» Flügel der Sanctuary-Bewegung, der die Flüchtlingshilfe als rein karitative und individuell ausgeübte Nächstenliebe verstanden wissen will, gegen den «politischen» Flügel auszuspielen, der die Sanctuary-Bewegung als Teil eines Widerstandes gegen ein System versteht, das innerhalb und ausser-

halb der USA Unterdrückung und Elend schafft.

Eine «Bewegung der Begegnung» zwischen Nord- und Südamerika. . .

Diese Frage bildete einen zentralen Punkt der Diskussion am Treffen in Washington. Entscheidend war dabei sicher die starke Präsenz von Vertretern der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. Durch sie, aber auch durch die zahlreichen nordamerikanischen Sanctuary-Leute, die sich nach Nicaragua, El Salvador und Guatemala begeben haben und dort persönliche Freunde und politisches Bewusstsein gefunden haben, ist Sanctuary zu einer ausserordentlichen «Bewegung der Begegnung» zwischen Nord und Süd geworden. Die USA sind vom Bazillus der Befreiungstheologie angesteckt.

Dies wurde schon anlässlich des Eröffnungsbanketts des Sanctuary-Kongresses klar, als der Jesuitenpater Jon Sobrino, Mitstreiter des ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Romero, Leiter des pastoralen Zentrums der zentralamerikanischen Universität in San Salvador und prominenter Vertreter der Befreiungstheologie, sprach: «Die Nordamerikaner müssen sich die Frage stellen: Was können wir tun, um Leben zu retten in Zentralamerika? In den Flüchtlingen seht Ihr die Opfer. Ihr müsst das System bekämpfen, das Opfer erzeugt. Das mag schockierend klingen, aber auch Jesus war ein Kämpfer. Deshalb wurde er umgebracht.» Richtig verstandenes Sanctuary sei eine Form der «Reparationsleistung durch US-Bürger für die Sünden der Regierung». «Tut das Gegenteil von dem, was Eure Regierung tut: Sagt die Wahrheit und entlarvt die Lügen.» Das klinge nach Politik, meinte Sobrino verschmitzt: «Was wir brauchen, ist politische Liebe. Und ich will nicht verbergen, was das heisst. Wenn wir uns zu politischer Liebe entschliessen, werden wir gekreuzigt.»

Nicht weniger deutlich sprach die

Franziskanerin, Schwester Darleen Nicgorski: Es genüge nicht, sich mit dem bisher Geleisteten zufrieden zu geben. «Wir Amerikaner haben einen Hang zum Schnellimbiss, wir möchten gerne zum nächsten liberalen Modethema übergehen. Aber wir können es nicht. Die Zentralamerikaner erinnern uns täglich daran, und wir sehen es immer klarer, dass richtig und gerecht handeln heisst, nein sagen zur Politik dieser Administration in Zentralamerika.»

. . . und in den USA

Die grosse Mehrheit der Sanctuary-Kongressteilnehmer scheint die Botschaft verstanden zu haben. Sanctuary ist drauf und dran, eine Bewegung der Begegnung nicht nur zwischen Nord- und Südamerika, sondern auch innerhalb der USA zu werden. Dies zeigte allein schon die starke Präsenz verschiedenster Gruppen und Organisationen am Treffen, darunter die «Witnesses for peace» (Zeugen für den Frieden), die ununterbrochen Gruppen nordamerikanischer Bürger nach Nicaragua senden, um sich über die Auswirkungen des Contra-Terrorismus zu informieren; die «Accompaniments»-Bewegung, welche vom Militär vertriebenen salvadorianischen Bauern den Begleitschutz nordamerikanischer Geistlicher vermittelt, wenn sie in ihre Dörfer zurückzukehren suchen; die «Pledge of resistance» (Widerstandsgelöbnis)-Bewegung: Ihr haben sich bisher über 80'000 Amerikaner angeschlossen, die sich schriftlich verpflichteten, mit Akten des zivilen Ungehorsams (Steuerstreik u.a.m.) gegen eine verstärkte US-Intervention in Zentralamerika Widerstand zu leisten.

Wesentlich ist die Aktivität der «Pledge of resistance»-Leute auf die Weigerung der Gouverneure von sieben Staaten zurückzuführen, Einheiten der Nationalgarde zu «Übungszwecken», wie das Pentagon es ausdrückte, nach Honduras zu senden. Der Gouverneur von Arizona, Bruce Balitt, begründete sein

Veto so: «Militärische Manöver sind oft Instrument der Diplomatie, um einen Gegner einzuschüchtern oder Solidarität mit einem Freund auszudrücken. (...) Ich glaube, die Nationalgardisten würden einer gefährlichen und falschen Politik dienen.» Tatsächlich werden 90 Prozent der gegen Nicaragua gerichteten militärischen Präsenz der USA in Honduras von der Nationalgarde gestellt. Durch die Verwendung der Nationalgarde und des Begriffs «Übung» umgeht Reagan die Pflicht, die bei einem Einsatz der regulären US-Streitkräfte im Ausland erforderliche Zustimmung des Parlaments einzuholen.

Mit dabei am Sanctuary-Treffen waren auch die «Veterans for Peace», ein Verband von dreizehn Veteranenorganisationen, deren an die 30'000 Mitglieder zumeist Veteranen des Vietnamkriegs sind. Vier «Vet's» führen derzeit auf den Stufen des Capitols in Washington einen Hungerstreik gegen die US-Aggression gegen Nicaragua durch.

Von geradezu symbolischer Bedeutung war die Rede des schwarzen Bürgermeisters von Berkeley, Eugene «Gus» Newport, der über die Dringlichkeit eines Zusammenschlusses zwischen der in der schwarzen Bevölkerung der USA stark verankerten Südafrika-Boykottkampagne, der Sanctuary-Bewegung und dem noch schwachen Widerstand gegen die Zentralamerikapolitik der US-Regierung sprach. Diese Rede war umso bedeutender, als die schwarze Beteiligung an der Sanctuary-Bewegung bisher gering ist. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Sanctuary-Bewegung von Anfang an eine Schöpfung der Kirchgemeinden einer weissen Mittelklasse war. Vielen Schwarzen erscheint zu Recht das plötzliche «Mitleid» der Weissen für das Elend in Zentralamerika angesichts deren Gleichgültigkeit gegenüber der Lage der Schwarzen im eigenen Land suspekt. Hier liegt eine der grössten Herausforderungen für die Sanctuary-Bewegung. Am deutlichsten hat dies

wohl Renny Golden von der «Chicago-Religious Task Force» in einer ergreifenden Rede vor über tausend Sanctuary-Delegierten formuliert, die ihr minutenlange Ovationen einbrachte:

«Oscar Romero hat gesagt: ‚Manchmal ist es eine Sünde, wenn wir uns nicht organisieren.‘ Mir scheint, dass wir das Bedürfnis, uns besser zu organisieren, beinahe als antireligiösen Akt empfunden haben. Ich glaube, wir müssen diese Angst überwinden und lernen, uns zu organisieren, was fast der Frage gleichkommt: Wie werden wir ein Volk? Wie lernen wir, einander zu vertrauen? Wie informieren wir bewusst gegen die organisierten Mächte, die internationalen Strukturen der Herrschaft, die sich vor uns erheben wie unberührbare, undurchdringliche Gebäude? (...) Wollen wir das Schweigen über die ‚Kriege geringer Intensität‘ durchbrechen, müssen wir uns wirksam mit anderen zusammenschliessen in der Auseinandersetzung mit der Macht. Wie werden wir uns mit der schwarzen Volksgruppe vereinen können, deren Säuglingssterblichkeit in Detroit so hoch ist wie in El Salvador, oder mit der lateinamerikanischen Volksgruppe, die von einem Präsidenten attackiert wird, der sich vor ‚braunen Horden‘ fürchtet, oder mit den bedürftigen Weissen, die ihrer letzten Einkünfte beraubt werden durch die Militarisierung unseres Nationalen Budgets, welches die Arbeiter in die kapitalintensive und nukleare Kriegsindustrie verlagert? Sanctuary kann es sich nicht leisten, sich in die als ‚religiös‘ bezeichnete Kammer zurückzuziehen, während der Rest des Hauses in Flammen steht.»